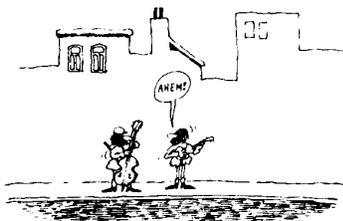


Semiotisch oder Idiotisch oder ganz einfach Mittelalterlich ?

Veränderungen in der Verkehrspolitik sind heutzutage wohl an der Tagesordnung. Mit den unbeugsamen Leuten vom Nahverkehr debattiert Homo Studiensis wegen des Studitickets seit geraumer Zeit (ich habe es vorgezogen, die Tage nicht mehr zu zählen, der Sätzer), Teilgemeinden Heidelbergs werden mit neuen Brücken beglückt und aus noch unbestätigten Quellen wurde gemeldet, daß für Heidelberg der Anschluß an eine Schwebebahn beschlossene Sache ist. Bis dahin aber wird noch viel Zeit vergehen: Vierräder, Zweiräder und Nullräder (sogenannte FußgängerInnen) müssen weiterhin ihren täglichen K(r)ampf außerhalb ihrer Hochsicherheitstrakte (Wohnungen) weiterführen.

Straßenmusik



Während Helme bei RadfahrerInnen langsam immer häufiger gesehen werden und sich auch immer mehr AutofahrerInnen an Tempo 30 gewöhnen (müssen), könnte mensch annehmen, der entscheidende Endkampf würde ausbleiben und sämtliche am Straßenverkehr partizipierende Parteien könnten sich irgendwie durch nette Handzeichen einigen, bevor es zu Körper- bzw. Sachschäden kommt. Im Marstallhof scheint das gerade nicht der Fall zu sein: wo früher echte Pferde standen, wird nunmehr Stahlrössern die Einfahrt verwehrt. Kleine schriftliche Hinweistafeln wie etwa "Radfahrer müssen absteigen" werden nicht etwa wieder abgehängt, weil sie sich als unnötig für RadfahrerInnen herausgestellt haben (die Erfahrung zeigte, daß es auch so geht) - nein, irgendein chronischer Anachronist verfiel anscheinend seinem Wahn, Verkehrsschilder gemäß der StVO aufstellen zu müssen. Sprache wird auf bloße Symbole reduziert (dem Motto unserer Zeit gemäß: "Laßt uns Zeichen setzen in einer reizunterfluteten Umwelt"), eine inhaltliche Diskussion findet nicht statt (denn wer diskutiert schon gerne mit Analphabeten). Sich hinter seinem Schild zu verbergen ist angesagt, während der Schildträger nichts anderes im Schild führt, als mit Gezeter, Geschrei und überlautem Kommandoton Radfahrerinnen, die in den Marstall fahren, anzufahren und des Feldes zu verweisen. Es bleibt nunmehr die Frage, ob nicht, wie in der Schule, auch an der Uni regelmäßig Verkehrsunterricht gemacht werden soll und ob im Marstall - den Umgangsformen gemäß - Ritterturniere mit schlagkräftigen "Argumenten" stattfinden sollen. Denn Ordnung muß sein. Das hat das Mittelalter uns zur Genüge bewiesen. Auf denn! Der oder die Stärkere möge gewinnen.

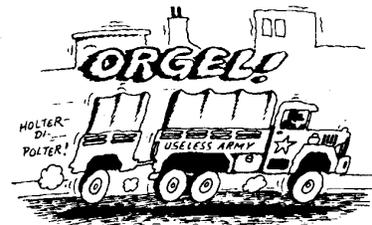
Thomas



Ein eigenes Auto ist leider immer noch das Ideal vieler Studierenden. Doch viele kommen inzwischen zur Einsicht, daß man zwar manchmal auf ein Auto nicht verzichten kann (z.B. Umzug und andere Transporte), aber daß es ja nicht das eigene zu sein braucht. Die preiswerteste Lösung ist das Schnorren bei autobesitzenden KommilitonInnen oder den Eltern. Mehr als eine Tankfüllung zahlt man selten. Ein Mietwagen ist oft zu teuer.

Jetzt soll es eine weitere Alternative geben, ohne eigenes Auto immer eines zur Verfügung zu haben: das Autoteilen. Neben dem nachbarschaftlichen Autoteilen, bei dem ein Autobesitzer anderen eine Mitbenutzung gegen Kostenbeteiligung ermöglicht, soll es im Rhein-Neckar-Kreis auch das organisierte Autoteilen geben. Dazu hat sich vor einem Monat der Verein "Ökostadt Rhein-Neckar" gegründet. Er plant, ab September im Rhein-Neckar-Kreis den "Fahrbetrieb" aufzunehmen.

Das heißt, wer beim Autoteilen mitmacht, kann dann zu jeder Tages- und Nacht-



zeit einen Wagen buchen und, wenn der Wagen frei ist, auch gleich losfahren. Der Tarif setzt sich dann aus der gebuchten Zeit und den gefahrenen Kilometern zusammen. Außerdem muß noch eine Einlage gezahlt werden, die aber bei Beenden des Autoteilens wieder ausgezahlt wird. Sie dient zum einen zur Anschaffung der Autos und zum anderen als Sicherheit bei eventuellen Schäden.

"Und was ist, wenn alle gleichzeitig aufzufahren wollen?" werden viele fragen. Aus den Erfahrungen von ähnlichen Projekten in Berlin, Bremen, Freiburg und Pforzheim ist jedoch zu berichten, daß bei ca. 15 "Teilern" pro Auto dies äußerst selten vorkommt. Außerdem kann man bei mehreren Autos in einer Stadt auch auf ein anderes ausweichen.

Wer Interesse am Autoteilen hat, oder sogar mitarbeiten will, der kann sich bei Ökostadt Rhein-Neckar (Tel. 160843) informieren und ist am 9.7.92 um 19.00 Uhr zum Arbeitstreffen ins Essighaus eingeladen.

Kiki

Blutroter Radweg

Der neue Radweg auf der Theo-Heuss-Brücke ist zu bewundern. Strahlend rot, da hab ich heute morgen sogar den Regen vergessen. Eine sanft geschwungene Rampe hinauf und schon trennen mich 15 cm Bordstein



und ein halber Meter Sicherheitsstreifen von den Autos - herrlich. Aber dann - Mist, da ist ja ein Fußgänger auf dem Radweg, nein zwei, das reicht nicht mehr, klingeln, bremsen. Eine weiße Linie zwischen Fußgängern und Radfah-



ren, sonst nichts, und es gibt viele Fußgänger auf dieser Brücke und es gibt viele Radfahrer.

Wann lernen die Heidelberger Verkehrsplaner endlich, daß das Fahrrad in der Stadt zunehmend das schnellste Verkehrsmittel ist. Immer noch werden Fußgänger und Radfahrer auf aufeinanderlosgelassen damit der Autoverkehr ungestört mit 50 Sachen von einem Stau zum nächsten kommt, hinterher wird natürlich dann von den Fahrrad-Rowdys geredet. Fahrradstreifen müssen auf der Fahrbahn verlaufen, sie müssen ein zügiges Vorankommen ermöglichen und nicht zur stetigen Slalomübung dienen.

Fahrräder auf die Straße - Autos in den Neckar!



michael

EG statt Nationalismus

Die Gegenwart nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ist voller Unwägbarkeiten, wie die Gesellschaftswissenschaftler immer wieder feststellen müssen. Nicht nur, daß sich in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes und in der ehemaligen Sowjetunion die Nationalismen der vergangenen zwei Jahrhunderte zu entladen suchen, nein, auch in Westeuropa machen die Völker - wie jetzt das dänische - der politischen Klasse einen Strich durch die Rechnung. Mit dem Zusammenbruch des Feindbildes im Osten, welches Westeuropa dazu verpflichtete, einen kollektiven und demokratischen Gegenpol desselben zu bilden, brachen die nationalen Gefühle und Souveränitätsdünkel, die Farbnuancen wieder auf, die über 40 Jahre in der Schwarz-Weiß-Malerei der Konfrontation weitgehend übertüncht worden waren. Diese Neurosen werden denn auch von rechts orientierten PolitikerInnen und der nationalistisch orientierten Presse nach Kräften genutzt, wie am Beispiel des Aufscheins wegen der angeblichen Opferung der DM deutlich wurde.

Die Europäische Gemeinschaft ist in der Krise, so hörte man in jedem Leitartikel und als Aufmacher jeder Nachrichten-sendung, als die knappe Ablehnung der Maastrichter Verträge durch das dänische Volk festgestellt worden war. Als Grund glaubt man eine Renaissance des Nationalismus in den osteuropäischen Staaten ausmachen zu können, der sich als eine Art Virus nach Westeuropa ausgebreitet haben soll. Daß Renationalisierungstendenzen vom Osten auf den Westen Europas übergeschwappt seien, ist jedoch nur die eine mögliche Erklärung der politischen Vorgänge. Indes verkennet diese These den vorwiegend endogenen Charakter der allgegenwärtigen Unmutsäußerungen gegenüber einer weitreichenden Supranationalisierung: Die strukturellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die alle Staaten in der EG gleichermaßen betreffen und die auf eine weltweite Rezession zurückzuführen sind, von der auch die USA sowie selbst der Wirtschaftsgigant Japan nicht ausgenommen sind, führen zu neuen nationalen Egoismen in der politischen Kultur, zu Protektionismus, sowie zu einem neuen Denken der Besitzstandswahrung, wie es während der günstigen Weltwirtschaftslage der 80er mit den Steigerungen des Bruttosozialproduktes, der Löhne und damit des Lebensstandards völlig unbekannt war und überwunden schien. So konnten in den prosperierenden 80ern der Integrationsgrad der EG stark gesteigert werden, während jeder weitere Schritt heute zu Proteststürmen führt, obwohl mit den Maastrichter Verträgen kaum mehr entscheidende ökonomische Fragen betroffen sind, sondern gerade politische Entscheidungsfähigkeit

herbeigeführt werden soll. Umgekehrt jedoch kann der Stopp der Entwicklung der europäischen Staatenverschmelzung in Europa wieder gefährliche und immer virulente Gefahren verstärken, wie den Protektionismus der Staaten durch Zölle und Kontingentierungen.

Sicher gibt es hinsichtlich der Verträge zur Europäischen Union, die in Dänemark gerade knapp gescheitert sind und hinsichtlich des Systems der EG einiges an fundierter Kritik zu äußern. So kann es deutschen Umweltschützern nicht behagen, wenn schon die kleinsten Bemühungen um Müllvermeidung, wie die kürzlich in Kraft getretene Stufe der Verpackungsverordnung, durch zukünftige Aktionen des Europäischen Gerichtshofs als "wettbewerbsverzerrend" substantiell gefährdet ist. Auch auf die mangelnde demokratische Legitimation der Brüsseler Entscheidungen, wegen der geringen Befugnisse des Europäischen Parlaments, kann man nicht gerade stolz sein. Jedoch darf Kritik nicht zu Rückschritten, sondern muß zu konsequenter Fortentwicklung der bestehenden, und sicher verbesserungsbedürftigen, Strukturen führen.

Die Tendenzen zur Rückbesinnung auf die Nation und die nationalen Interessen als einzigem Leitbild der eigenen Politik, die sich gerade auch in der Bundesrepublik wieder verstärkt ausbreiten, verkennen substantielle Fakten unserer modernen Welt, die sich nicht mit noch so großem nationalem Pathos wegdiskutieren lassen.

Zuerst einmal befinden wir uns heute schon in einer faktischen engen Verflechtung mit unseren europäischen Nachbarn, was sich sowohl in Im- und Exporten als auch in erheblichen Kapitaltransfers über die europäischen Grenzen hinweg äußert. Zweitens ist gerade unser Wohlstand extrem von wirtschaftspolitischer Integration abhängig, da die Bundesrepublik mehr als ein Viertel ihres Bruttosozialproduktes durch den Export erwirtschaftet und dieser zu über 50% im Austausch mit den EG-Staaten erfolgt. Somit ist Deutschland gewiß einer der größten Nutznießer der EG. Als nächstes kann eine Steuerung des schon existierenden und ab 1993 vollendeten Binnenmarktes nicht mehr durch die nationalen Regierungen und ihre Absprachen allein erfolgen. Für eine effektive Steuerung des dann europaweiten ökonomischen Systems benötigt die Politik auch ebenso weitreichende europaweite Steuerungskompetenzen. Supranationale Steuerung ist nötig, um beispielsweise zu einem Strukturhilfe- und Umverteilungsprozeß innerhalb der europäischen Staaten zu kommen, da ansonsten die großen und hochindustrialisierten Staaten im europäischen Binnenmarkt wiederum überdimensionierte Ge-

winne einstreichen, und sich die Kluft zwischen den Lebensverhältnissen in Portugal und Deutschland noch vergrößert.

Die europäischen Währungen sind schon heute voneinander abhängig, und die erfordert in einem gemeinsamen Markt eben auch die institutionelle Kompetenz für eine markteinheitliche monetäre Steuerung. Auch soziale Standards in der Arbeitswelt müssen europaweit festgelegt werden, ansonsten kommt es ab 1993 zum Kollaps der Arbeits- ebenso wie der Kapitalmärkte, und wie am Beispiel der deutschen Verpackungsverordnung zu ersehen ist, können auch ökologische Stützmaßnahmen im europäischen Wirtschaftsverbund nicht mehr allein national durchgesetzt werden.

Wir benötigen eine handlungsfähige und vor allem eine demokratisch kontrollierte europäische Instanz, die für die Fragen zuständig ist, die nur gesamteuropäisch zu lösen sind. Natürlich nur für diese. Auch als eine Art Selbstschutz vor mentalitätsbedingtem Größenwahn Deutschlands wäre die feste Integration sicher zu empfehlen. Denn wegen der nur mittelfristig durch Strukturprobleme abgeschwächten Dominanz der Bundesrepublik in politischer wie ökonomischer Hinsicht würden ohne eine vernünftige europäische Integration in allen Politikfeldern schon bald wieder alte Eifersüchteleien, Reibereien und Konflikte aufbrechen, Deutschland würde - wie von vielen Historikern und Politologen befürchtet - wieder in die eigennützige und gefährliche Schaukelpolitik des frühen 20. Jahrhunderts zurückfallen.

Diese Gefahr besteht umso mehr, da Deutschland seit der Vereinigung wieder mit seinem alten Problem kämpft, daß es nämlich zu groß für einen ganz normalen Staat und zu klein für eine Weltmacht ist. Dieser strukturelle Sprengsatz könnte in europäischer Perspektive entschärft werden.

Wird die Schaffung einer politischen Europäischen Union schon unter der Berücksichtigung innerer Verhältnisse zwingend, so bleibt zu ihr angesichts des globalen Szenariums keine Alternative. Als einziger Orientierungspunkt für die gerade im Aufbau befindlichen Demokratien Osteuropas ebenso wie als Ansprechpartner für die Probleme der Dritten Welt ist die Schaffung einer koordinierten europäischen Außenpolitik, die nun einmal nicht ohne nationale Souveränitätsverzichte zu haben ist, beinahe ohne Alternative.

Michael Alexander Rupp
Institut für Politische Wissenschaften

(Der Trend zum Zweitbuch nimmt zu! Nach dem Telefonbuch empfehlen wir ein Fremdwörterlexikon! Die SetzerInnen)



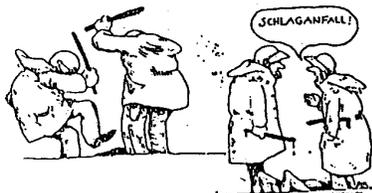
Weltwirtschaftsgipfel

schierten auf beiden Seiten des Demonstrationszugs 3 Reihen Breitschaftspolizei auf. In den Seitenstraßen hielten sich gut sichtbar SEK- und USK-Einheiten (teilweise mit kugelsicherer Weste) auf. Im weiteren Verlauf wurden immer wieder Angriffe von USK-Einheiten durchgeführt, was immer wieder zu einzelnen Festnahmen führte. Kurz vor Ende der Demonstration kam es wiederum zu massiven Übergriffen von Polizeieinheiten, was den Beginn der Abschlussskundgebung verzögerte. Nach dem Beginn der Kundgebung kam es noch einmal zu einem Angriff einer USK-Einheit, nachdem eine amerikanische Fahne, die kurz vorher noch an einem Fahnenmast am Odeonsplatz hing, unter dem Beifall der DemonstrantInnen in Flammen aufging.

Wenn man einmal von den ständigen Provokationen von Seiten des USK absieht, war die Demonstration friedlich. Von Samstag morgen bis in die Nacht zum Sonntag wurden insgesamt 52 GipfelgängerInnen festgenommen, die jedoch nach kurzer Zeit wieder freigelassen werden mußten. Eine Frau, die mit einer Gruppe Stunden nach der Demo in der Stadt unterwegs war, wurde nach einem grundlosen Polizeiangriff festgenommen. Der Rest der Gruppe konnte fliehen.

Daß es an diesem Tag zu keinen größeren Zwischenfällen kam, ist einzig und allein dem überaus besonnenem Verhalten der DemonstrantInnen zurückzuführen, die sich durch keine Provokationen von Seiten der Polizei aufstacheln ließen, und somit alle Vorrassagen von staatlicher Seite Lügen strafte.

Der Bürgerrechtler Leo Gurwitz, Bruder des in den USA inhaftierten Indianer-Aktivisten Leonard Peltier war vom Verhalten der Polizei schockiert: "Auf keiner Demonstration habe ich eine solche



Provokation der Polizei erlebt. Die G-7 VertreterInnen müssen schon etwas Schreckliches vorhaben, wenn sie mit Hilfe dieses inszenierten Sperrfeuers ablenken wollen".

André G.

Studiticket News ?

Das Studiticket scheint viele zu beschäftigen, UNIMUT bekommt Leserbriefe. In vielen Reaktionen wird deutlich, daß sich der Kompromissvorschlag am Rande des von den Studierenden noch Akzeptablen bewegt. Sollte der VRN irgend einen Teil des Kompromisses noch abzulehnen versuchen, sollte die Fachschaftskonferenz meiner Meinung nach die Ablehnung des Studitickets beschließen. Das Studiticket ohne Kinderpreis für alle ist nicht akzeptabel. Man könnte sich dann überlegen, ob man zuerst eine Lösung auf HSB- oder HSB/OEG-Gebiet anstrebt, vielleicht wäre dann sogar eine totalumlage auf den Semesterbeitrag (Solidarmodell) möglich.

Im Übrigen schreibt mehr Leserbriefe und beteiligt Euch an der Diskussion und Entscheidung zum Studiticket in den Fachschaften!

michael

Leserbrief: Studierende sanieren den VRN

Ein (weiterer) Artikel zum leidigen Thema "Studi-Ticket" im UNIMUT hat mich angeregt, einmal meine Meinung dazu zu schreiben.

Was mich bei der gesamten bisherigen Diskussion stutzig macht, ist die einseitige und übertriebene Propagierung des ÖPNV als Lösung aller Verkehrs- und Umweltprobleme und die völlige Vernachlässigung des Fahrrades als ökonomischstem und ökologischstem Fortbewegungsmittel. Des weiteren wird so getan, als ob die Mehrheit der Studenten wieso ein (verbilligtes) Semesterticket kaufen würde und nur für den kleinen Rest der notorischen Rad- bzw. Autofahrer ein Ausgleich geschaffen werden müßte.

Mit den inzwischen bekannten Zahlen: Kosten incl. "Netzwerkung", also im ungünstigsten Fall, 2,7 Mio = 2 Semester * (90DM * x Semestertickets + 15 * 30 000 Studenten) wird jedoch sofort klar, daß höchstens ein Drittel der Studis ein Semesterticket kaufen würde. In Wirklichkeit ist die Netzwerkung sicher noch viel geringer als bei kostenlosem Ticket, so daß noch viel weniger Semestertickets verkauft werden - oder der VRN macht auf ungesicherte Kosten den großen Reibach. "Studenten sanieren den VRN", das wäre doch mal eine Schlagzeile für den UNIMUT! Das heißt, für die überwiegende Mehrheit der Studenten bleibt nur die Gewährung des halben Fahrpreises auf Einzelfahrten.

Nun wird für diese als besonderer Vorteil die dann ebenfalls verbilligte Fahrt nach Mannheim gepriesen. Setzt man/frau einmal voraus, daß die meisten Heidelberger Studis MA aus kulturellen Gründen besuchen, erscheint diese Argumentation widersinnig. Zunächst kostet eine Autofahrt mit 4 Personen nach MA selbst im Nobelschlitten weniger als 20,-. Ökonomisch ist die Zugfahrt also ein Verlust. Inwieweit ein 100 000 PS-Zug, der (nachts) mit ca. 20 Leuten besetzt ist, fünf mit 4 Personen besetzten Kleinwagen ökologisch überlegen ist, wage ich zu bezweifeln. Echter Umweltschutz wäre ein Boykott dieser Züge! Im übrigen fährt samstags der letzte Nahverkehrszug von Ma 22.30 Uhr, der Abend würde also wohl eher kurz. Nach

MA und zurück fährt man/frau daher am billigsten, sichersten, schnellsten und bequemsten mit dem Auto.

In Heidelberg selbst (wo immerhin 50 % der Studis wohnen) gibt es zum Fahrrad wohl keine vernünftige Alternative. Soll das Motto etwa lauten "runter vom Rad - rein in den im Stau qualmenden Bus"? Auf die Berge (z.B. MPI) fährt der Nahverkehr auch viel zu selten, als daß man/frau da ohne Auto auskommen könnte. Und so umweltfreundlich sind Straßenbahnen auch nicht, der Strom kommt schließlich nicht aus der Steckdose. Wie ich meinen Wocheneinkauf vom Supermarkt zu Fuß zur nächsten Haltestelle und von da nach Hause schleppen soll, muß mir auch erst noch jemand/frau erklären.

Ja, und wer garantiert eigentlich, daß bei den nächsten Tarifverhandlungen nicht wieder wegen der Profilierungssucht einiger Funktionäre der so unersetzliche Öffentliche Nahverkehr wochenlang ruht? Was nützt mir ein Semesterticket für über 100 Mark (90,- + 15,-), wenn ich im entscheidenden Moment - egal, ob es regnet oder schneit - doch auf's Rad angewiesen bin?

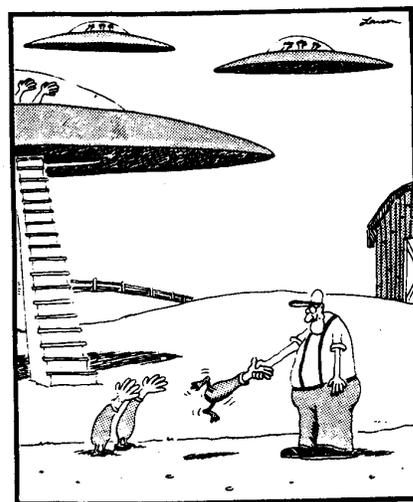
Fazit: Da der VRN sich erklärtermaßen mit keinem Pfennig an der Aktion beteiligt, werden die Kosten nur unter den Studenten unverteilt, zugunsten der Bahnfahrer und zu Lasten der ökologisch beispielhaften Radfahrer sowie derjenigen, die aus verschiedenen Gründen weiterhin auf das Auto angewiesen sind.

Mir drängt sich deshalb die Frage auf, ob mit der Aktion "Studi-Ticket" nicht

- persönliche Interessen einer kleinen, aktiven Minderheit auf Kosten der passiv glotzenden Mehrheit durchgesetzt werden sollen,
 - durch blinden Aktionismus die Existenzberechtigung gewisser Hochschulgruppen unter Beweis gestellt werden sollen oder
 - einfach nur oberflächlich, kurzzeitig und unüberlegt gehandelt wurde.
- Ich kann jedenfalls nur hoffen, daß sich die Diskussion noch bis zum Ende meines Studiums hinzieht.

Andreas Linke

IMPRESSUM	
UNIMUT - Zeitung der Uni Heidelberg	
Nr. 59	8. Juli '92
UNIMUT erscheint:	alle 2 Wochen(?)
Redaktionsschluß:	Montags, 14 ⁰⁰ Uhr
Mitarbeit diesmal:	Christiane Hartmut Michael Heinz Kirsten André Thomas Sabine Stefanie Leif Jürgen Volker Kiki
Druck:	Druckwaize GdBR
Auflage:	2500
LeserInnen-Beiträge:	sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!
v.l.s.d.p:	F(ach)S(chäfts)K(onferenz) Zentrales Fachschaftenbüro (ZFB) Lauerstraße 1 6900 Heidelberg Tel.: 06221/542456



Unbeabsichtigt verurteilt Roy die gesamte Erde zum Untergang, als er bei dem Versuch freundlich zu sein ihren Anführer am Kopf ergreift und kräftig schüttelt.

uni mut

8.7.92

Nr. 59

ZEITUNG an DER UNI HEIDELBERG

„Der Gipfel“

Vom 6.-8. Juli treffen sich in München die Staats- und Regierungschefs der G7, der 7 mächtigsten Industrienationen (BRD, F, GB, USA, Japan, Kanada, Italien) zu ihrem jährlichen Gipfel. Auf diesem seit 1975 stattfindenden Treffen werden Absprachen über Einflusssphären, Sicherung der Rohstoffmärkte usw. getroffen und die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft bestimmt.

Mit ihrem Weltwirtschaftsgipfel sichern die G7 den Fortbestand einer Weltwirtschaftsordnung, in der nur 12% der Weltbevölkerung 44% des Weltenergieverbrauchs und 70% des Welt-Bruttosozialprodukts beanspruchen und 41% der Luftverschmutzung verursachen während gleichzeitig Millionen Menschen in Armut und Elend leben.

Beim diesjährigen G7-Treffen wird es in erster Linie um Hilfsprogramme für die



ehemaligen Ostblock-Länder gehen, während die Länder des Südens, insbesondere Afrikas, aus dem System der internationalen Arbeitsteilung zunehmend herausfallen. Die dem Osten nun verordneten Strukturanpassungsprogramme ähneln jedoch in vieler Hinsicht dem "Entwicklungsmodell, das viele Länder der sog. Dritten Welt in eine hoffnungslose Schuldenkrise getrieben hat. Die IWF-Strukturanpassungsprogramme führen nicht nur dazu, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft in erster Linie zulasten der Armen durchgesetzt wird, sie haben auch wenn man sie aus technokratischer Sicht betrachtet meist negative Auswirkungen: Subventionsabbau, Senkung von Sozialleistungen, Reallohnsenkung führen zwar zu einer Begrenzung des Haushaltsdefizits, gleichzeitig jedoch auch zu nachlassender Kaufkraft und damit zu einer Rezession; ausländische Investitionen schaffen zwar zunächst Arbeitsplätze, der Gewinn

bleibt jedoch nicht im Land sondern fließt an die Unternehmen, bzw. deren Sitzländer zurück.

Es bleibt abzuwarten, ob Osteuropa, das ohnehin für den Westen bisher wie auch die sog. Dritte Welt, die Rolle eines billigen Rohstofflieferanten und lukrativen Absatzmarktes gespielt hat, ebenfalls in eine Schuldenfalle gerät, oder ob die G7 die Gefahren, die aufgrund der zu erwartenden sozialen Unruhen und politischen Instabilität auch für den Westen entstehen könnten, verhindern werden.

Hat der Gegengipfel stattgefunden oder nicht?

Aufgrund des kurzfristigen und faden-scheinig begründeten Verbotes des Genekongresses in den Uni-Räumen wurde er in kirchliche Räume verlegt. Ein Teil der ReferentInnen (u.a. aus Kurdistan) lehnte es ab, in kirchlichen Räumen aufzutreten. Vielfach wurde kritisiert, daß kein Versuch unternommen wurde, durch eine Besetzung der Uni den Kongreß doch noch dort stattfinden zu lassen. Für viele ausländische ReferentInnen hätte die Beteiligung an einer illegalen Besetzung jedoch eine zu hohe Gefahr dargestellt. Bis zum Ende des Abschlußplenums blieb die Frage, ob der Widerstand zu früh aufgegeben wurde oder ob es sinnvoll war, eine Konfrontation zu vermeiden und dafür in Kauf zu nehmen, in Räume einer an Kolonisierung und Unterdrückung beteiligten Organisation wie der Kirche auszuweichen, umstritten.

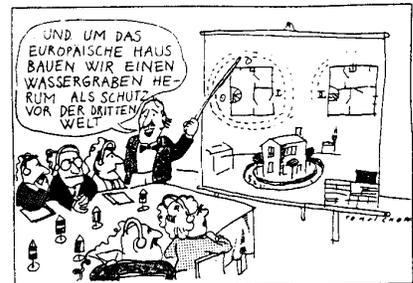
Natürlich kann ein solcher Gegengipfel nicht das Patentrezept zur Überwindung von Hunger, Armut, ungleicher Ressourcenverteilung und Umweltzerstörung entwickeln. Er kann allerdings, wie ein Referent diesem Kritikpunkt entgegenhielt, durch kritische Analyse des Bestehenden ein erster Schritt in diese Richtung sein. Nach der Diskussion in insgesamt 8 Foren zu Kolonialismus und Widerstand, Rassismus, Ökoimperialismus, Rüstungspolitik, Osteuropa, Frauen und Weltwirtschaft wurden auf dem Abschlußplenum dennoch einige Forderungen formuliert - nicht nur an die Adresse der G7 - die ja eh nicht zuhören - sondern auch an die Adresse der TeilnehmerInnen.

Sie reichten vom Appell, nicht - wie dies häufig geschieht - hohe Geburtenraten als Hauptursache für Armut und

Umweltzerstörung darzustellen, sondern die Bedrohung durch profitorientierte Industriepolitik wahrzunehmen, über die Forderung nach Streichung der "Schulden" der sog. 3.Welt (die de facto durch Zinszahlungen und kontinuierliche Ausbeutung in Form von Kolonisierung und ungerechte Handelsbeziehungen ohnehin längst abbezahlt sind), hin zu Forderungen nach radikaler Änderung der Weltwirtschaftsordnung.

Ein Referent aus Malaysia fordert eine Demokratisierung von IWF und Weltbank (die er auf Zuruf aus dem Publikum zu "Abschaffung" ausweitete) sowie eine Umgestaltung des Nordens (da dieser (leider) nicht abgeschafft werden könne), was vor allem ein Sinken des Wohlstandes zugunsten einer Umverteilung in Richtung des Südens zur Folge haben muß. Für diese Notwendigkeit ein öffentliches Bewußtsein zu schaffen, forderte er vor allem von den TeilnehmerInnen.

Sabine



Editorial

Puh, Stöhn, Gäh. Das erste Semester mit frischer UNIMUT-Redaktion, mit uns eben, ist mit einigen Starthilfen der alten, denen mit der Patina, mehr oder weniger glatt über die Bühne gegangen. (ottogravie, Kiebefehler....). Acht durchgemachte Nächte, jetzt brauchen wir dafür Acht Wochen Semesterferienauerschlaf, und noch vier Wochen zum Erholen. Damit es nächstes Semester wieder UNIMUT gibt. Wenn am 21. Oktober die vertraute Zeitung fehlt, kommt sofort ins ZFB und weckt uns.

Christina
Michael
Hartmut

Leserbrief: zu 'Weizsäcker und

Parlamentarismus' UNIMUT 58

"In dem, was die AutorInnen zum Parlamentarismus schreiben, haben sie doch noch ziemlich positive Auffassungen vom Parlamentarismus. In den Wahlkämpfen, die zu diesem System "Parlamentarismus" nötig sind (hohe Wahlbeteiligung zur Legitimation, großer Stimmenanteil) wurden doch in den letzten Jahren mehr und mehr einzelne Themen zu den alles Entscheidenden aufgebauscht - diese Konzentration auf ein Thema legt sich aufgrund der Struktur der Wahl nahe: mit dem Kreuz bei einer Partei wird ein ganzes Paket von Richtungsentscheidungen "gewählt", eine differenzierte Äußerung des Wahlvolkes ist weder möglich noch erwünscht.

Dieses Hauptthema war lange Zeit die ökonomische Lage der Nation, bei deren Gestaltung der CDU/CSU eine höhere Kompetenz zugesprochen wurde als der SPD. Diese Kompetenzzuschreibung ist nun in der Öffentlichkeit nach dem Debakel in der Ex-DDR kräftig beschädigt worden. (Das wird sie - nebenbei - zumindest dort auch bleiben, denn die Menschen haben doch durchschaut, daß gerade die populistische Kohl'sche Politik der Währungsunion mit sofortiger Freigabe der Sparkonten zwar den Ex-DDRlerInnen einen kurzen Kaufrausch bescherte und damit der CDU im Dezember '90 den Wahlsieg, aber durch diese Währungsunion die Basis für die Exporte nach Osteuropa und damit die ökonomische Basis der DDR weggesprengt wurde. Unverantwortliche kurzfristige Politik übelster Art.)

Als Ersatz wird seit zwei Jahren das sog. "Asylthema" immer stärker aufgebaut. Dabei wird nicht mehr nur allein an die weitverbreitete ökonomisch-chauvinistische Haltung appelliert (Motto: "Wählen Sie die Partei, die ihnen das höchste Einkommen verschafft"), sondern ganz brutal auch an eine national-chauvinistische Haltung (Motto: "Wählen Sie die Partei, die ihnen die Fremden und Flüchtlinge vom Hals hält"). Beide Argumentationsstrategien arbeiten damit, marginalisierte Gruppen (ökonomisch Schwache bzw. Flüchtlinge oder AusländerInnen allgemein) ein weiteres Mal auszugrenzen, um das Bild einer großen, "starken" Gruppe zu schaffen, die durch die herrschenden Partei(en) repräsentiert wird/werden. Diese Partei(en) symbolisiert/(en) damit die Sicherheits- und Machtwünsche der Mehrheiten, die ihnen bei Wahlen die Stimme geben und sie so an der Macht halten. Die Ausgrenzung und Deklassierung machtloser Gruppen, die Produktion von Feindbildern wird so zu einer fast zwangsläufigen Begleiterscheinung eines medien- und werbungsvermittelten Parteienparlamentarismus - die Förderung antidemokratischer und autoritärer, feindbildfixierter Denk- und Charakterstrukturen zur Notwendigkeit parteigebunden-parlamentarischer "Demokratie"? Ich frage mich, wie demokratische Strukturen aussehen müßten, die es ermöglichen, eine größtmöglichen Zahl von Menschen an Entscheidungen zu beteiligen, Mehrheitsinteressen durchzusetzen, dabei aber strikt die Rechte und Interessen von marginalisierten Gruppen und Einzelnen wahren. Vor allem aber: wie könnten solche Strukturen durchgesetzt werden?

Bernd-Kai Garesee

Entschärfung der Zeitbombe

Das Züricher Modell

Die Diskussion über Abfallvermeidung ist, im Gegensatz zur breiten Öffentlichkeit, an den Unis bisher noch stark unterentwickelt. So werden zwar in Heidelberg an der Uni demnächst Papier- und Glasabfälle getrennt gesammelt, aber nur, weil ihr dies von der Stadt vorgeschrieben wird - die Uni bekommt sonst keinen Müll mehr abgenommen. Nach wie vor viel schlimmer sieht dies im Bereich Sondermüll aus: In vielen Chemie-, Pharmazie-, Medizin-, etc.-praktika z.B. haben sich Lehrinhalte und Metho dik in den letzten Jahrzehnten nur unwesentlich geändert.

Dem entsprechend stammt das Entsorgungskonzept für Abfälle aus der Steinzeit der Sondermüllentsorgung: Sämtlicher Chemikalienmüll (außer Lösungsmitteln) wird zusammengekippt und in großen Kanistern gesammelt. Dann sucht man eine Entsorgungsfirma, die diese hochgiftigen, unaufarbeitbaren Abfälle abnimmt, fragt am besten nicht nach, was damit geschieht und wäscht seine Hände in der Unschuld der Forschung. Bei den Doktoranden und Doktorandinnen setzt sich diese Entsorgungspraxis nahtlos fort: Für Versuche werden Chemikalien in meist viel größeren Mengen gekauft, als sie tatsächlich gebraucht werden, und müssen dann nach Beendigung der Arbeit weggeworfen werden, was den Müllberg völlig unnötig vergrößert. Seit einigen Jahren wird es für die Unis immer schwieriger, Entsorgungsfirmen zu finden, weil aufgrund der immer schärferen Umweltauflagen viele Betriebe solche hochgiftigen Substanzen nicht mehr abnehmen oder aber horrend Preise dafür verlangen - kein Wunder, daß es zu Skandalen kommt wie im Juni 1989, als herauskam, daß im Chemischen Institut große Mengen giftiger Abfälle in einer Garage mit normalem Betonboden gelagert wurden (das Grundwasser freut sich!) - eben weil die Abfälle niemand abnahm.

Das Züricher Modell

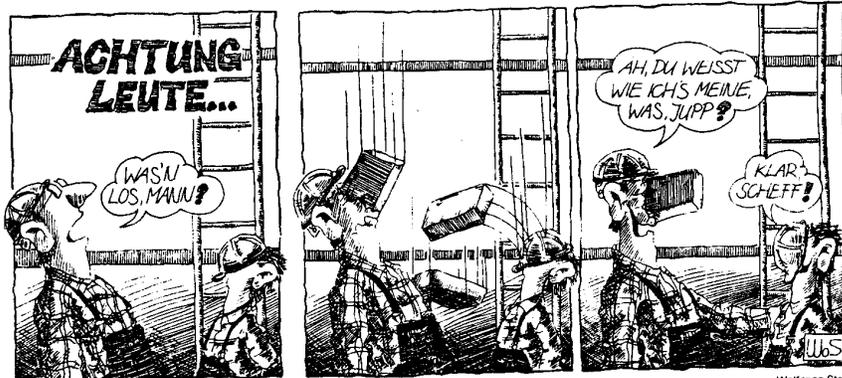
Studien, wie man diesen Zustand ändern könnte, gibt es nur sehr wenige, die bekannteste ist sicherlich von Prof H. Fischer, Uni Zürich, über die Umgestaltung des chemischen Anfangspraktikums. Er beschreibt dabei ein Kurspraktikum in allgemeiner Chemie (anorganische, organische und physikalische Chemie) von zwei Semestern Dauer. Kernpunkte seines Konzeptes sind:

- Reduzierung der Mengen an Chemikalien und Lösungsmitteln durch Verringerung der im Einzelversuch verwendeten Mengen
 - Reduzierung der Anzahl an Chemikalien durch Vermeidung und Ersetzung von giftigen Substanzen wie den Salzen von Arsen, Quecksilber, Cadmium sowie Benzol etc.
 - nach Substanzen getrennte Sammlung der Abfälle mit anschließender Wiederaufarbeitung im Praktikum.
- Dieses Konzept läuft nun schon seit zwei Jahren sehr erfolgreich: Die Schadstoffmenge konnte von 1500 kg (1988) auf 10kg! (1990) reduziert werden. Durch die neue Organisation wurde auch die Akzeptanz des Praktikums und die Mitarbeit bei den Studierenden gesteigert und eine neue Sicht der praktischen Chemieausbildung eingeführt.

Probleme bei der Umsetzung

Allerdings gibt es hierzu auch Kritikpunkte: Zunächst einmal ist der behandelte Stoff für ein Chemiehauptfachpraktikum in Deutschland zu wenig, für ein Nebenfachpraktikum aber zu viel (z.B. Wiederaufarbeitungsversuche). Das Praktikumskonzept muß also an diese verschiedenen Anforderungen angepaßt werden. Zweitens werden die Forderungen des Arbeitsschutzes nicht mit gleicher Priorität gewertet; so wird z.B. bei Wiederaufarbeitungsvorschriften mit Schwermetalloxiden gearbeitet, die als Staub eingeatmet starke krebserregende Substanzen sind. Um diese Probleme zu beseitigen, wurde die HIS (Hochschul Informationssystem, eine GmbH des Bundes, Ende 1991 damit beauftragt, mit mehreren Unis zusammen ein Konzept für deutsche Hochschulen zu erarbeiten. Dieses Projekt sollte Anfang 1992 starten, wurde aber vom Forschungsminister Riesenhuber erst mal wegen Geldmangels auf Eis gelegt. Auf der letzten Bundesfachschaftstagung der Chemiefachschaften im Juni wurde daher ein offener Brief verfaßt, der an Riesenhuber, Töfer sowie verschiedene Zeitungen gerichtet ist, mit der Forderung, diese bitter nötige Studie doch durchzuführen (was, wenn auch in kleinerem Umfang, wohl auch gemacht wird). Denn wie sonst können Chemikerinnen und Chemiker ausgebildet werden, die sich ihrer Verantwortung für die Umwelt bewußt sind?

Volker



Wolfgang Stein

Kaffee aus El Salvador

In diesem Sommer wird in der Bundesrepublik erstmals Kaffee aus El Salvador auf den Markt kommen, bei dem nicht der Export von den 14 salvadoreanischen Kaffeebaronen und der Import von den deutschen Großröstereien kontrolliert wird. Dieser Kooperativen-Kaffee wird gehandelt, um auch die wirtschaftlichen Strukturen in El Salvador verändern zu helfen, die zu dem Elend und dem sozialen Konflikt in dem mittelamerikanischen Land geführt hatten. In diesen Konflikt war auch die Studierendenschaft der Theologischen Fakultät Heidelberg 1989 mittelbar involviert, indem sie die Zinsen des Fachschafttagut-habens dieses Jahres an die salvadoreanische Befreiungsbewegung FMLN spendete. Diese Überweisung hatte seinerzeit zu heftigen Konflikten in der Fakultät geführt zwischen Professoren, die eine derartige politische Einmischung für unzulässig hielten, Studierenden, die es aus prinzipiellen Erwägungen heraus nicht verantworten wollten, einer Organisation zu spenden, die nicht auf Waffengewalt verzichtet, und Studierenden, die es der von der Bevölkerung El Salvadors getragenen FMLN anheimstellen wollten, in ihrer Situation ihre Entscheidung zu treffen.

Die Proteste und der Aufstand der FMLN haben nun zum Friedensvertrag vom 16.1.92 zwischen der FMLN und der Regierung El Salvadors geführt. Er sieht eine tiefgreifende Reform der Streit- und Sicherheitskräfte vor, die bereits eingeleitet ist: Säuberung der Armee, Truppenreduzierung etc. Der Friedensvertrag sieht auch eine Lösung der Landfrage als Wurzel des Konflikts vor, z.B. soll endlich die 2. Phase der Agrarreform mit Enteignung aller Ländereien über 245 ha durchgeführt werden. Ohne weitere Enteignungen und Rückgabe der fruchtbaren Ländereien an die KaffeepflückerInnen und Bauern und Bäuerinnen, ohne Demokratisierung der für die Nationalökonomie zentralen Kaffeewirtschaft dürfte ein dauerhafter Friede und soziale Gerechtigkeit wohl kaum möglich sein. Daher sind bäuerliche Organisationen, die sich für eine tiefgreifende Agrarreform einsetzen, wesentlicher Bestandteil des Befreiungsprojektes, sie bilden auch die Basis für Genossenschaftsverbände, die die kleinbäuerliche Agrarwirtschaft in Eigenregie fördern wollen. Zwei von ihnen haben im November 91 eine gemeinsame Vermarktungs- und Exportorganisation SICOM-COOP (Sistema de Comercialización Cooperativa) gegründet, die die Kaffees von Mitgliedskooperativen exportieren will.

Dieser Kaffee ist reiner Arabica-Hochlandkaffee. Er umgeht den wucherischen Zwischenhandel und wird in der Bundesrepublik von der MITKA verkauft. Das bedeutet dreierlei: eine *Vorfinanzierung* des Kaffees, langfristige Verträge für die Kaffeekooperativen mit *stabilen Mindestpreisen* von mindestens 1,20 US-\$ pro libra (464g) (der momentane Weltmarktpreis liegt bei 0,60 \$!) und einem zusätzlichen Projektaufschlag von 10% sowie regelmäßige *Information* über die weitere Entwicklung in El Salvador. Dieser Kaffee trägt den Namen "Café La Cortadora" ("die Kaffeepflückerin").

Dieser Name soll immer wieder daran erinnern, daß wir keinen Tropfen Kaffee trinken könnten, würden nicht lange vorher die noch roten Kaffeekirschen von den PflückerInnen geerntet. In Heidelberg wird der Genossenschaftskaffee aus El Salvador in Kürze im "3. Welt"-Laden erhältlich sein.

Andreas

Kommentar:

Nach der Wahl

Die Uni-Wahlen sind gelaufen. Die Studierenden haben sich klar, noch klarer als bisher, für die Fachschaftskonferenz, für die Ersetzung des "AstA" durch eine unabhängige Studierendenvertretung, ausgesprochen. Die Gewinne der FSK, nach schlechtem Wahlkampf, stehen neben mageren Gewinnen des RCDS, der einen ungeheuer aufwendigen Wahlkampf mit bundesweiter 'Prüf den Prof'-Aktion, Vorlesungsansagen usw., und Verlusten von Jusos und LHG, letztere verloren sogar ihren einzigen Gremiensitz. Ich denke, die Hochschulgruppen sollten angesichts dieser Wahl endlich die unabhängige Studierendenvertretung akzeptieren und in ihr mitarbeiten. Sie sollten ihre Ideen und Vorstellungen in die Fachschaftskonferenz einbringen und dort verwirklichen, anstatt sich selbst aus ideologischen Gründen zu lähmen. Nötig dazu ist nur, die Fachschaften von den Ideen zu überzeugen, denn bei diesen liegen letztendlich die Entscheidungen. Das ist Alles.

michael

Ökoreferat startet durch



Der Aufruf im UNIMUT hat gefruchtet: Das Ökoreferat startet durch. Das erste Resultat war die "Zeitbombe INF" im letzten UNIMUT. Aber es gibt noch mehr Probleme an der Uni im ökologischen Bereich. Ob es der normale Hausmüll oder der chem./bio. Sondermüll ist; es sind tiefgreifende Reformen nötig. Weitgehend vermeiden, vieles recyceln und den Rest sicher entsorgen muß die Devise beim Müll sein. Sicherheitsprobleme und Veränderungen in Praktika müssen angegangen werden.

Auch die Verkehrssituation in Heidelberg läßt vieles zu wünschen übrig. Ausbau des Nahverkehrsnetzes und Verbesserung der Radwege sind weitere Ziele des reaktivierten Ökologie-Referates. Wer Interesse hat, uns bei der Verwirklichung dieser und anderer Ziele (neue Ideen sind immer gefragt) zu unterstützen, komme zur Kontaktaufnahme am Dienstag ab 18.00 ins ZFB, Lauerstr. 1, Tel: 542456. Je mehr wir sind, desto mehr können wir verwirklichen.

Heinz



Die Letzte

Termineeeee

- Mi 8.7. 18.00, Magister in den Beruf (MIB), Der Arbeitsmark für Geisteswissenschaftler, Neue Uni HS5
- Mi 8.7. 20.00, Chanson-Abend der FS Rosig im Romanischen Keller.
- Do 9.7. Sitzung des Verwaltungsrates der Uni (nichtöffentlich)
- Do 9.7. 20.00, Die Idee des islamischen Gottesstaates, Blockseminar der FS Theologie; Karlsstr. 16 HS007
- Do 9.7. 21.00, Histofete im AZ
- Do 9.7. 19.00, Arbeitstreffen des Vereins Ökostadt Rhein-Neckar im Essighaus
- Fr 10.7. 20.00, AFLR- Sommerfest drinnen und draußen, Live-Musik, AZ
- So 12.7. 14.00-23.00, verklemmte Körper, FS Geschichte; Marstall
- Mo 13.7. 19.30, Asylrecht ist Menschenrecht; gegen Lagerpolitik, Rassismus, Polizeiknüppel - Schönau mahnt, Information und Diskussion; Fridrich-Joest-Saal in M1, 8-9 Mannheim
- Di 14.7. 19.30, 'Global denken - lokal handeln', Kommunale Handlungsansätze zur Emissionsminderung am Beispiel Heidelberg, CO2 Ringvorlesung.
- Di 14.7. 20.15, Gesundheitspolitik - Sozialmanagement oder therapeutische Auftrag; INF 306 HS2
- Di 14.+ Mi 15.7. 20.00 Uhr: Max Frisch, Die chinesische Mauer (Theatergruppe der ESG) im Romanischen Keller
- Do 16.7. 20.00, Ethno-Fete im SAI mit Live-Band: 107 Masturbating Nurses, INF 330
- Fr 17.7. Garden-Party FS Anglistik

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTENMAGAZIN

unimut
UNIVERSITÄT HEIDELBERG



Konkret, Der Spiegel, Stern und UNIMUT in der Zeitschrift Ökolinx Nr. 6, der Mitgliederzeitung der Ökologischen Linken (die Fundi-Abspaltung der Grünen um Jutta Ditfurth), findet sich ein Artikel über den "Bund gegen Anpassung" (BgA) und seine Tarnorganisationen. In der sich anschließenden "Übersicht über die verwendete Literatur" findet sich neben den Magazinen Konkret, Spiegel und Stern auch UNIMUT, unsere Heidelberger Uni-Zeitung. Dieser Literaturhinweis bezieht sich auf den Artikel "Kein Herz für Scheiche - Kein Herz für Faschismus" im UNIMUT 36. In diesem UNIMUT-Beitrag wurde über Hintergründe und Machenschaften des BgA aufgeklärt. An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, daß auf diesen Artikel hin der BgA Anzeige wegen "Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede" erstattete, die jedoch von der Staatsanwaltschaft fallen gelassen wurde. Nach diesem Schritt von UNIMUT in die bundesdeutsche Presselandschaft stellt sich nur noch die Frage: **WANN KANN MAN UNIMUT ENDLICH AUCH AM KIOSK KAUFEN ????????**

Gemeinsam mit der Polizei ?

Zu Beginn der Demo verteilen Polizeibeamte Flugblätter an die DemonstrantInnen, in denen sie ihnen eine "eindrucksvolle, gewaltfreie Demo" wünschen. Neben einem Appell, doch bitte Verständnis für die starke Polizeipräsenz aufzubringen und die Schwierigkeiten der Polizei zu verstehen, "in einer Millionenstadt an einem verkaufsoffenen Samstag mit Tausenden von Leuten auf den Straßen (...)" die Demonstrationenfreiheit zu gewährleisten, heißt es unter der Überschrift: "... nicht für Sie aber für die, die wir meinen...", daß es einige Verhaltensweisen gäbe, die nicht geduldet würden (Vermummung usw.). Interessant an diesem Flugblatt ist jedoch, daß sich der als verantwortlich firmierende Zentrale Psychologische Dienst des Polizeipräsidium München offenbar mit den Inhalten der Demo identifiziert. Hier der Anfang des Flugs:



DEMO

Ein Informationsblatt zur Demonstration in München

Wir begrüßen Sie als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Veranstaltung!

Das Motto der Demo:

"Gegen die herrschende Weltordnung: 500 Jahre sind genug! Gemeinsam gegen den WWG '92 in München"

SZ vom 20./21.06.92, Zitat des Veranstalters:

"Als Veranstalter werden wir uns über Lautsprecher an die Teilnehmer wenden und für eine ordnungsgemäße und friedliche Durchführung plädieren. Wir haben kein Interesse an einer Auseinandersetzung mit der Polizei."

DIES SOLLTE UNSERE GEMEINSAME BASIS SEIN!

Dennoch werden manche von Ihnen schon kritischer auf der Stadt

Schön wäre es, wenn diese "gemeinsame Basis" ("Gemeinsam gegen den WWG '92 in München") auch noch für die Aktionstage gegolten hätte!!! Ungeachtet ihres Flugblattes duldet die Polizei schon auf der Demo die Vermummung ihrer Kollegen vom USK (Bayrisches Sondereinsatzkommando). (siehe Demo-Bericht)

Am Montag, zur Eröffnung des Gipfels, beteiligten sich am offiziellen Empfang der 7 Staats- und Regierungschefs durch Jubel-BayerInnen in Lederhosen und Dirndl auch eine große Zahl von GegendemonstrantInnen. Nachdem sie ihrem Protest am Weltwirtschaftsgipfel durch Parolen und Pfiffe Ausdruck verliehen hatten, wurden sie vom massiven Polizei- und USK-Aufgebot eingekesselt, brutal zusammengeprügelt und mehrere Stunden lang festgehalten und später festgenommen. Laut Nachrichten gab es 482 Festnahmen, der Münchner Ermittlungsausschuß spricht von ca. 800 Festnahmen.

Es ist zu vermuten, daß mit diesem unverhältnismäßig harten Vorgehen gegen friedliche DemonstrantInnen die geplanten weiteren Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel verhindert werden sollen, damit die Staatschefs ihre Galadiners in Ruhe genießen können und ihre Gattinnen sich ohne Störungen in der Oper amüsieren können.

Aus Protest gegen diese völlig unbegründete polizeiliche Brutalität findet in Heidelberg am Dienstag, den 7.7.92 um 18.30 eine Spontandemo statt.

Sabine

Gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Vom 6.-8.Juli findet bekanntlich der Weltwirtschaftsgipfel, das G-7 Treffen in München statt. Bei diesem Treffen sollen die wirtschaftlichen Entwicklungen der Zukunft besprochen und der restlichen Welt diktiert werden. Gegen dieses Wirtschaftsdiktat der 7 Industrieländer mit seinen verheerenden Folgen auf die Entwicklung in der restlichen Welt, sollten vom 3.-5. Juli in München ein internationaler Gegenkongreß, eine Großdemonstration am 4.7. und im Laufe des sogenannten Gipfels Aktionstage stattfinden. Bereits Monate vorher wurde von staatlicher Seite vor "anreisenden Gewalttätern" u.a. aus dem "terroristischen Umfeld" gewarnt. Auf diese Art und Weise sollten möglichst viele GegnerInnen des G-7 Treffens von der Teilnahme an Gegenaktionen abgehalten werden.

Der Internationale Gegenkongreß sollte am Freitag, den 3.7. mit einer Podiumsdiskussion beginnen. Die Nutzung der Hörsäle der Ludwig-Maximilian-Universität wurde jedoch entgegen anders lautender Versprechen von Rektor Wulf Steinmann verweigert, weil Steinmann die Sicherheit der Universität durch die parallel stattfindende Demonstration gefährdet sah. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshof fiel erst wenige Stunden vor Beginn des Kongresses, da der Verwaltungsgerichtshof sich vorher auf einem Betriebsausflug befand. Trotz des Verbots fanden sich ca. 3000 Menschen vor der Uni ein, eine vom Rundfunk vermutete Sturmung der Uni fand nicht statt. Statt dessen fand eine Spontandemonstration zum Ausweichort "Lukas-Kirche" statt. Die Demonstration verlief friedlich, Differenzen gab es nur zwischen dem Einsatzleiter der Polizei und den Schlägern vom USK

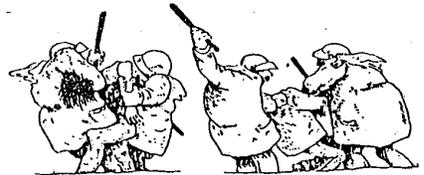


(Unterstützungskommando), das von der Einsatzleitung nicht angefordert war, sondern selbstständig und unkontrolliert agierte.

Die weiteren Veranstaltungen des Weltwirtschaftsgipfels am Wochenende mußten auch an verschiedenen Orten, zumeist Kirchen, dezentral stattfinden, was anfangs

zu einigen Konfusionen führte. Die Abschlußveranstaltungen fanden am Sonntag vormittag im Anton-Fingerle-Berufsbildungszentrum statt. Das Plenum wurde von ca. 2000 Menschen besucht. In der Bewertung des Weltwirtschaftsgipfels gab es unter den VeranstalterInnen ein Bündnis von mehr als 80 politischen und christlichen Gruppen- unterschiedliche Meinungen. Der SprecherInnenrat der Ludwig-Maximilian-Universität bezeichnete es in einer am Montag veröffentlichten Presseerklärung als Erfolg, daß der Gegenkongreß trotz der massiven Repressionen von Seiten der Uni und des Staates in einem solchen Umfang (Mehr als 2000 TeilnehmerInnen) stattfinden konnte. Die Ökologische Linke geht davon aus, daß der Gegenkongreß quasi nicht stattfinden konnte. Durch die dezentrale Verteilung der einzelnen Foren und die Unsicherheiten im Vorfeld des Kongresses habe eine angemessene Öffentlichkeit nicht hergestellt werden können.

An der für den Samstag angesetzten Demonstration nahmen mit 20000 TeilnehmerInnen weit mehr Menschen teil, als im Vorfeld erwartet wurde. Bereits die Auftaktkundgebung auf dem Marienplatz wurde von der Polizei massiv behindert. Die TeilnehmerInnen mußten beim Betreten des Marienplatzes Durchsuchungen über sich ergehen lassen. Der ganze Platz wurde mehr oder weniger von der Polizei umstellt. Entgegen der Abmachungen zwischen VeranstalterInnen und



der Polizeiführung hatten sich zahlreiche Beamte in die Kundgebung gemischt. Auf von der Polizei verteilten Flugblättern wurde der Versuch gemacht, die DemonstrantInnen zu spalten. So lautete ein Satz: "Wir dulden keinen schwarzen Block". Nach dem Abschluß der Auftaktkundgebung wurde der Beginn der Demonstration durch Polizeieinheiten massiv verzögert. So wurde die Demonstrationroute ausgerechnet so gelegt, daß der Marienplatz über die engste Gasse verlassen werden mußte. Auf beiden Seiten der engen Straße stand ein massives Aufgebot von Bereitschaftspolizei, SEK- und USK-Einheiten. Das vorher ausgesprochene Verbot, Transparente an der Seite der Demonstration zu tragen, lieferte immer wieder einen Vorwand die Demonstration anzugreifen. So wurde eine Demonstrantin gleich zu Beginn der Demo verletzt, als eine USK-Einheit dieses Verbot brutal durchzusetzen versuchte. Am Jakobsplatz wurde der Innenhof des Stadtmuseums als Sammelort für festgenommene mißbraucht. Ein als General verkleideter Demonstrant, der auf einem Auto der Demoleitung stand und eine Szene aus Brechts "anachronistischem Zug" darstellte wurde nach dem Bericht des Wirtes des Cafes im Stadtmuseum "brutal heruntergezerrt" und sei dann im Museumshof mit einem Schlagstock gewürgt worden. Durch eine Polizeikette vor dem Hof wurde der Einblick in den Innenhof verwehrt. Nachdem die Demo bereits eine Stunde unterwegs war, erging an die Polizei der Befehl die Helme abzusetzen, was allerdings vom USK nicht befolgt wurde. Begleitet wurde die Demonstration die ganze Zeit von einem Spalier von Bereitschaftspolizei, die aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengezogen worden war. So waren mehr als 9000 Polizisten im Einsatz. Teilweise mar-

25 Jahre Uni Ulm

Studis laden Filbinger aus

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Uni Ulm wurden vom Rektor sämtliche "Gründungsväter" der Uni zu einem Round-Table-Gespräch eingeladen. Darunter auch der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, der ja bekanntlich wegen seiner NS-Vergangenheit als Ministerpräsident zurücktrat. Die Studierenden der Uni Ulm beschlossen daraufhin in einer Vollversammlung, Filbinger in einem offenen Brief zu bitten, den Feierlichkeiten fernzubleiben. Begründet wurde dies vor allem mit der von ihm verantworteten Abschaffung der Verfaßten Studierendenschaft 1977.

Filbinger stellte daraufhin in einer Antwort die Gründe für diese Abschaffung dar: "Die Änderung des Hochschulgesetzes von Baden-Württemberg, die in den 70er Jahren erfolgte und eine Einschränkung der Rechte der Studentenschaft mit sich brachte, war notwendig, um dem politischen Terror zu begegnen, der die Freiheit von Lehre, Forschung und Studium an unseren Universitäten zu beseitigen drohte. Extremistische Kräfte versuchten damals auch in unserem Lande, die Hochschulen als Ausgangsbasen zu linksrevolutionärem Umsturz zu mißbrauchen. Eine derartige Gruppierung, an der Universität Heidelberg zum Beispiel, unterhielt enge Beziehungen zur Bader-Meinhoff-Bande und beteiligte sich an Attentaten. In dem von Ihnen erwähnten Jahr 1977 wurde Hans-Martin Schleyer von dieser Bande als Geisel genommen und ermordet.

Ihre Unterstellung, ich hätte eine Auffassung von demokratischer Mitbestimmung und studentischer Selbstverwaltung, die einer "Entmündigung" entspricht, entbehrt jeder Grundlage." Dann passierte Merkwürdiges: Die Polizei ruft im UStA Ulm an: "Sind von Besuch von Filbinger gewalttätige Aktionen geplant?" Besteht denn immer noch die Vorstellung, in den Studierendenvertretungen würden terroristische Ziele erfolgt? Ist etwa darum die Verfaßte Studierendenschaft in Baden-Württemberg immer noch nicht wieder einge-

führt? Oder liegen die wahren Beweggründe der Herren Minister in Stuttgart gar woanders, ist es vielleicht nicht einfach bequemer, die Studierenden mundtot zu machen, um die eigene konservative Politik zu verfolgen?

Aber es kam noch merkwürdiger: Unser Finanzminister Meyer-Vorfelder fühlte sich bemüßigt, an seine Magnifizenz, den Rektor der Uni Ulm zu schreiben: "Ich halte das Vorgehen der Studenten für eine trostlose Entgleisung, die von der Universität nicht hingenommen werden darf. Als ehemaliger Mitarbeiter und enger Vertrauter des Ministerpräsidenten erwarte ich, daß die Universität Ulm in einer Erklärung zum Ausdruck bringt, daß sie um die Verdienste Filbingers um Ulm weiß und darlegt, daß sie es war, die ihm eine Ehrendoktorwürde verliehen hat.

Ein klarstellendes Wort von Ihnen, Herr Professor Dr. Pechhold, und eine Distanzierung der Universität von diesen Äußerungen tut Not!"

Was hat der Finanzminister eigentlich dem Rektor der Uni Ulm zu sagen? Ach ja, er verteilt ja das Geld!

Am Samstag kam Filbinger dann, der Rektor erlaubte den Studierenden die Verlesung einer kurzen Erklärung, die aber wegen massiver Störungen durch die anwesenden ProfessorInnen und anderer Gäste nicht zuende geführt werden konnte.

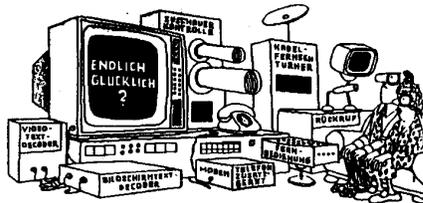
In einem spontan organisierten Gespräch am Nachmittag mit Filbinger, Wissenschaftsminister von Trotha, dem Rektor etc. und den Studierenden hatte Trotha die Gelegenheit, seine persönliche Ablehnung der Verfaßten Studierendenschaft kundzutun, auch wenn ihn die Koalitionsvereinbarung zu ihrer Einführung zwingt. Filbingers ausführlicher Darstellung seiner Situation und Position in der Nazizeit hatten die Studierenden dann leider nichts entgegenzusetzen, kein Wunder, Filbinger hat ja auch 20 Jahre Erfahrung mit seiner Verteidigung.

michael

Technik zur Vorlesungsumfrage

Verschiedene Fachschaften an der Universität Heidelberg führen Vorlesungsumfragen durch. Abgesehen von Medizin werden die Umfragen in mühseliger Kleinarbeit ausgewertet. In Medizin läuft dies seit längerem in Zusammenarbeit mit der Medizinischen Informatik Heidelberg-Heilbronn vollautomatisch mit Hilfe eines Beleglesers. Ein Belegleser erlaubt es, ausgefüllte Umfragebögen automatisch in den Computer einzulesen. Die Auswertung (vorerst nur deskriptive Statistik) wird dadurch erheblich erleichtert. Das Eingeben der Daten wird erheblich beschleunigt und zuverlässiger.

Für die kommenden zwei Wochen ist der Fachschaftskonferenz (FSK) ein Belegleser überlassen worden. Er wird am Freitag, den 10.7.92, im Zentralen Fachschaftenbüro (ZFB), Lauerstr. 1, 3. Stock, vorgeführt werden. Im Anschluß



an einen kurzen Vortrag, der von Prof. Frey (Med. Informatik, Heilbronn), gehalten wird, wird das Einlesen von Fragebögen demonstriert werden. In einer darauffolgenden Diskussion soll die prinzipielle Problematik von Vorlesungsumfragen und die Frage danach, ob ein derart hoher technischer Aufwand sich lohnt, erörtert werden.

Interessierte sind herzlich eingeladen.

Kirsten, Jürgen, Leif

FDP und Haider

Nachdem infolge wahltaktischer Überlegungen eine Einladung der baden-württembergischen FDP an Jörg Haider kurz vor der Landtagswahl wieder abgesagt werden mußte, läßt die FDP den Chef der FPÖ jetzt doch ein. Nachdem Jörg Haider im letzten Sommer Reklame für die Wirtschaftspolitik Hitlers gemacht hatte, stürzte die FPÖ nicht etwa ins politische Nichts ab, sondern wurde zur zweitstärksten Partei Österreichs. Die Einladung der FDP an Haider spiegelt ihren zunehmenden Rechtstrend wider: Zwei Tage vor der definitiven Einladung an Haider hatte die FDP beschlossen, der CDU auf ihrem Weg zu einer Abschaffung des Grundrechts auf Asyl zu folgen.

Gegen die FDP-Veranstaltung mit Jörg Haider soll am 7. September in Stuttgart eine Demonstration stattfinden.



Stefanie

Rostock prüft noch

Aus Rostock erreichte uns folgender Bericht über die Ereignisse zwischen dem 11. Mai und dem 4. Juni:

... "Die 10 Tage Streik am Anfang der Aktion fanden ihren Höhepunkt und Abschluß mit der Kabinettsitzung am 19. Mai. Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, hatten sich an jenem 19. Mai 3000 Studierende - größtenteils aus Rostock - vor der Staatskanzlei in Schwerin versammelt. Ergebnis:

- Kürzung der Stellen für alle Hochschulen in Mecklenburg - Vorpommern auf 4100 Stellen.
- Die Dozierenden, die Ende Juni in den Vorruhestand entlassen werden sollen, werden bis Semesterende weiter voll bezahlt, um die reibungslose Abwicklung der Prüfungen zu gewährleisten.

Die Studierenden kehrten danach wieder in den Uni-Alltag zurück, jedoch wurden von der neugebildeten Arbeitsgruppe des Studentenrats viele persönliche Gespräche mit den Landtagsabgeordneten geführt, die am 4. Juni über den Haushaltsplan abzustimmen haben

würden. Zu diesem Anlaß fuhr an diesem 4. Juni nochmals ein Sonderzug von Rostock nach Schwerin. Allerdings war die Masse an Studierenden diesmal nicht so beeindruckend. Es sollte mit dieser Demonstration verhindert werden, daß der Haushaltsplan in dieser unbefriedigenden Form angenommen wird. Doch er wurde angenommen. Einziger Erfolg: Sicherung des Studiengangs Agrarökologie (mit einer Professur) - noch unklar, in welcher Form.

Angesichts der bevorstehenden Prüfungszeit wurden keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Seiten der Studierenden mehr gestartet. Gefordert wurde jedoch die zusätzliche Bereitstellung von Bundesmitteln zur Absicherung der Übergangszeit (ca. 3 Jahre) für alle ostdeutschen Unis. (Halle, Weimar, Leipzig u.a. haben nämlich auch gestreikt!). Zu weiteren Aktionen werden wir Eure Unterstützung verstärkt brauchen, denn nur bei fester Zusammenarbeit wird sich der Ruin der ostdeutschen (und bald auch der westdeutschen?) Unis, wie er geplant ist, vermeiden lassen."